

MADAGASKAR 2022

Die anhaltende Dürre und die wiederkehrenden Wirbelstürme hatten verheerende Auswirkungen auf den Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser und sanitären Einrichtungen. Die Haftanstalten waren überfüllt und die Bedingungen schlecht. Das Recht auf freie Meinungsäußerung war eingeschränkt. Die gerichtliche Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger_innen, Aktivist_innen und Informant_innen hielt an, und ein Umweltschützer wurde ermordet. Fälle von Diskriminierung und Gewalt gegen Menschen mit Albinismus nahmen zu. Abtreibung ist nach wie vor eine Straftat.

Hintergrund

Zwischen Januar und April trafen sechs tropische Stürme und Wirbelstürme auf das Land und verschärften die Auswirkungen der langanhaltenden Dürre. Mehr als 200 Menschen kamen ums Leben, und die Lebensgrundlage von mehr als 570 000 Menschen wurde zerstört; öffentliche Infrastrukturen wie Schulen, Straßen und Gesundheitszentren wurden im ganzen Land vernichtet.

Im Februar trat Imbiki Herilaza aufgrund von Korruptionsvorwürfen von seinem Amt als Justizminister zurück, nachdem Tonaufnahmen von ihm, in denen er Bestechungsgelder forderte, in den sozialen Medien verbreitet wurden.

Bis September wurden rund 1,4 Millionen Menschen, das sind 5,4 % der Bevölkerung, gegen Covid-19 geimpft.

Recht auf Nahrung

Die Menschen im Süden Madagaskars litten weiterhin unter den Auswirkungen der anhaltenden Dürre und der unsicheren Ernährungslage. Infolgedessen nahm die Unterernährung in der Region zu und der Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen und Hygiene wurde immer schwieriger. Nach Angaben des Welternährungsprogramms (WFP) waren 33 % der Bevölkerung in der Region Grand South von großer Ernährungsunsicherheit betroffen.

Die Tropenstürme und Wirbelstürme trafen vor allem den Osten und die Mitte des Landes und trugen zur weiteren Verknappung der Nahrungsmittel bei. Nach Schätzungen des WFP benötigen mindestens 470 000 Menschen in den betroffenen Regionen dringend Nahrungsmittelhilfe.

Rechte der Inhaftierten

Die Haftanstalten waren überfüllt und die Haftbedingungen waren schlecht. Im Juni wandelte Präsident Rajoelina die Strafen von 11.316 Häftlingen um und begnadigte 2.902 verurteilte Häftlinge, darunter auch Personen, die wegen geringfügiger Vergehen verurteilt worden waren und deren Strafe noch bis zu drei Monate lief.

Menschenrechtsverteidiger_innen

Im ersten Quartal des Jahres hielten zivilgesellschaftliche Akteur_innen nationale Konsultationen und Treffen mit Vertreter_innen des Justizministers ab, um den Gesetzentwurf zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen und -aktivist_innen, einschließlich Umweltschützer_innen und Informant_innen, zu erörtern. Daraufhin reichte ein Parlamentarier am 18. Oktober den Vorschlag 004-2022/PL zur Diskussion in der Nationalversammlung ein. Es wurde jedoch kein Termin für die Überprüfung des Vorschlags festgelegt. Madagassische Menschenrechtsorganisationen äußerten die Befürchtung, dass der Vorschlag wichtige Ergebnisse der nationalen Konsultationen nicht berücksichtigt.

Unfaire Gerichtsverfahren

Whistleblower_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen wurden schikaniert und gerichtlich verfolgt, weil sie Korruptionsfälle aufgedeckt hatten.

Im Februar stellte der Menschenrechtsverteidiger und Lehrer Jeannot Randriamanana in den sozialen Medien Behauptungen über die Veruntreuung von humanitärer Hilfe durch die lokalen Behörden für die von den Zyklonen Batsirai und Emnati betroffene Bevölkerung im Bezirk Nosy Varika auf. Am 17. März verurteilte ihn das Strafgericht von Mananjary zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung wegen "Verleumdung und Erniedrigung von Parlamentsmitgliedern und Staatsbediensteten" sowie wegen Identitätsbetrugs. Nach zweimonatiger willkürlicher Haft wurde er am 10. Mai vorläufig entlassen. Am 12. Juli bestätigte das Berufungsgericht von Fianarantsoa das Urteil des Strafgerichts. Im September legten die Anwälte von Jeannot Randriamanana vor dem Obersten Gerichtshof Berufung gegen seine Verurteilung ein. Der Termin für die Berufung stand bis zum Jahresende noch nicht fest.

Am 26. Mai verurteilte das Strafgericht von Antananarivo Ravo Ramasomanana, der von seinem Posten im Gesundheitsministerium suspendiert worden war, zu einer sechsmonatigen Haftstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe von 2 Millionen MGA (rund 440 USD). Er wurde wegen Verleumdung von Staatsbediensteten im Zusammenhang mit einer anonymen SMS verurteilt, in der Mitglieder der nationalen Polizei beleidigt wurden.

Recht auf Leben

Am 2. Juni wurde Henri Rakotoarisoa, ein 70-jähriger Umweltschützer und Präsident der Mialo-Gemeindevereinigung, im östlichen Bezirk Moramanga erstochen. Am 18. November verurteilte das Strafgericht von Ambatolampy acht Personen zu lebenslanger Haft, nachdem es sie gemäß Artikel 295 des Strafgesetzbuches des Mordes für schuldig befunden hatte, und zwei Personen zu drei Jahren Haft, nachdem es sie gemäß Artikel 304 des Strafgesetzbuches der "unterlassenen Hilfeleistung für eine Person in Gefahr" für schuldig befunden hatte. Zwei Angeklagte wurden aufgrund unzureichender Beweise freigesprochen. Das Gericht verurteilte die zehn Angeklagten außerdem dazu, der Familie von Henri Rakotoarisoa eine Entschädigung in Höhe von 40 Millionen MGA (rund 8.880 USD) zu zahlen. Henri Rakotoarisoa war eine führende Stimme bei der Anprangerung des Holzhandels und des illegalen Holzeinschlags im Wald von Ankazondandy.

Diskriminierung

Menschen mit Albinismus

Die Fälle von Diskriminierung und gewalttätigen Übergriffen gegen Menschen mit Albinismus, einschließlich Morden und Verstümmelungen, haben zugenommen. Laut einer Erklärung des unabhängigen UN-Sachverständigen für die Wahrnehmung der Menschenrechte durch Menschen mit Albinismus vom Oktober verdoppelten sich die Angriffe im Jahr 2022 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2021. Kinder waren die Hauptziele, insbesondere im Süden, wo gefährliche abergläubische Missverständnisse über Albinismus fortbestehen. Im Februar wurde ein dreijähriges Kind in der Stadt Fort Dauphin im Süden des Landes entführt. Die Mutter des Kindes wurde von den unbekanntem Angreifern, bei denen es sich vermutlich um Viehdiebe handelte, ermordet und ein Onkel verletzt. Am 4. März wurde die verstümmelte Leiche eines sechsjährigen Jungen in der Gemeinde Berano im Bezirk Amboasary Atsimo gefunden.

Ende August töteten Unbekannte eine Frau und entführten ihr dreijähriges Kind im Bezirk Ikongo im Südosten des Landes. Die Polizei nahm vier Verdächtige fest, und am 29. August versammelten sich Hunderte von Gemeindemitgliedern vor der Polizeistation, um Rechenschaft zu fordern. Sie sollen Steine auf die Polizeistation geworfen haben, woraufhin die Polizei mit Schüssen reagierte und fast 20 Menschen tötete. Das Kind war Ende des Jahres immer noch verschwunden.

Im September lehnte eine Privatschule in Ivato, einem Viertel in der Hauptstadt Antananarivo, den Antrag eines 17-jährigen Jungen auf Einschulung mit der Begründung ab, die Schule müsse ihr Image wahren, und erklärte, sie sei "nicht bereit, Kinder mit Albinismus aufzunehmen".

Sexuelle und reproduktive Rechte

Abtreibung ist nach wie vor eine Straftat. Im Mai 2022 lehnte der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Nationalversammlung den Gesetzesvorschlag 004-2021/PL zur Änderung von Artikel 317 des Strafgesetzbuchs ab, um die Abtreibung zu entkriminalisieren. Der Vorschlag war der Nationalversammlung nicht zur Abstimmung vorgelegt worden. Das Mitglied der Nationalversammlung und Sprecher der ständigen Kommission erklärte, der Gesetzentwurf sei "unvereinbar mit der madagassischen Kultur und den Werten". Das vorgeschlagene Gesetz hatte darauf abgezielt, die Abtreibung zu entkriminalisieren, wenn die Schwangerschaft eine Gefahr für das Leben der schwangeren Frau oder des Mädchens darstellte, in Fällen schwerer fötaler Beeinträchtigungen und bei Schwangerschaften infolge von Vergewaltigung oder Inzest.